Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 348. **Donnerstag** den 11. Juli 1901. 95. Jahrgang.

Dreibundsfeinde in Oesterreich-Ungarn.

D. Es ist kein Geheimniß der Diplomatie, daß in Oesterreich-Ungarn dem Dreibunde und insbesondere dem Bündniß mit dem deutschen Reiche verschiedene Gruppen, ja ganze Nationalitäten feindlich oder mindestens hinterhältig gegenüberstehen. Am gefährlichsten sind die falschen Freunde, die geheimen Feinde des Dreibundes wie des Bündnisses mit Deutschland in gewissen kleinen, aber sehr einflußreichen Kreisen. Bei Hofe und bei dem hohen Adel findet sich noch immer vielfach die alte Abneigung gegen den „Emporkömmling im Norden" und sie wird verschärft durch die in höfischen und diplomatischen Künsten gewandte hohe katholische Geistlichkeit, die in dem überwiegend evangelischen Deutschland den stärksten Gegner der katholischen Kirche fürchtet und haßt.

Minder gefährlich sind, obwohl sie sich auf breite Volksmassen stützen können, die Tschechen mit ihrem aufrichtigen Deutschenhaß. In der inneren Politik haben sie bedenkliche Erfolge erzielt und sie stellen gegenwärtig eine Partei dar, mit der die österreichische Regierung rechnen muß. Indessen kann ein starkes Ministerium jederzeit die Tschechen wieder in eine auch parlamentarisch ohnmächtige Stellung zurückschleudern, wenn es den Führern dieses kleinen Völkchens von höchstens 6 Millionen Köpfen den Herrn zeigt. Bisher war den Tschechen jede Einwirkung auf die auswärtige Politik versagt und dabei wird es wohl vor der Hand noch bleiben, da die tschechischen Politiker, ohne Rücksicht auf das Gesammtinteresse der Monarchie, die Sprengung des Dreibundes und den Anschluß der Monarchie an den Zweibund betreiben. Diese ihre Bestrebungen haben die Tschechen bekanntlich während des tschecho-slawischen Turnfestes in Prag wieder recht deutlich hervortreten lassen. Da man sich in Wien nicht um die hochpolitischen Velleitäten der Tschechen kümmert, so haben sich diese auch nicht um Wien gekümmert und auf eigene Faust mit den russischen und den französischen Gästen eine tschecho-slawisch-französische Annäherung verkündet, die freilich von keiner Regierung ratificirt werden dürfte. Ja, der frühere Bürgermeister von Prag, Dr. Podlipny, erklärte mit dem üblichen tschechischen Pathos, daß die Tschechen vor allem drei Städte in ihr Herz geschlossen hätten, nämlich Paris, Moskau und Prag. Mit Hilfe von Paris und Moskau wollen sie Prag zu einer möglichst ebenbürtigen Hauptstadt eines großen tschecho-slawischen Königreiches machen. Die tschechischen Dreibundfeinde sind also zugleich Feinde der habsburgischen Monarchie in ihrem gegenwärtigen Bestande und man wird ernster als in Berlin oder Rom gerade in Wien darauf bedacht sein müssen, diese Feinde niederzuhalten und unschädlich zu machen.

Zweifelhafte Freunde des Dreibundes und alte Feinde des deutschen Reiches sind die Polen, die auch in Oesterreich einzig und allein die Wiederherstellung eines selbstständigen Polenreiches betreiben. Wer die österreichischen Polen näher kennen gelernt hat, wird bemerkt haben, was im Ganzen wohl auch von den preußischen Polen gilt, daß ihr Haß gegen Rußland zwar groß ist, aber doch noch erheblich übertroffen wird von ihrem Hasse gegen das deutsche Reich und gegen das Deutschthum, das ihnen im Vergleich mit Rußland als der entschieden gefährlichere Nachbar erscheint.

So lange Kaiser Franz Josef I. die Krone trägt, ist nicht zu befürchten, daß die geheimen und offenen Ränke dieser Feinde des Dreibundes und besonders des Bündnisses mit Deutschland ihrem Ziele auch nur um einen Schritt näher kommen. Ob es dem Kaiser Franz Josef möglich sein wird, seinem Nachfolger die Ueberzeugung einzuprägen, daß er im Interesse der Monarchie an den bestehenden Bündnissen festhalten müsse, ist eine Frage, die sehr schwer zu beantworten, aber doch auch nicht leicht zu verneinen ist. Denn sollten in Wien wirklich einmal deutschfeindliche Einflüsse mächtig und maßgebend werden und zu einer Aenderung der auswärtigen Politik drängen, dann wäre mit unbedingter Sicherheit auf den entschiedensten Widerspruch der ungarischen Regierung zu rechnen, die heute schon in Fragen der auswärtigen Politik ihren Standpunct zu vertreten Gelegenheit hat und nimmermehr zugeben wird, daß das so oft bekräftigte und als unverbrüchlich gerühmte Bündniß mit dem deutschen Reiche fallen gelassen wird.

Mag man auch im Allgemeinen den magyarischen Politikern vom deutschnationalen Standpunct aus Mißtrauen entgegenbringen und ihre deutschfreundlichen Versicherungen nicht immer für baare Münze nehmen, so viel steht doch fest, daß in Ungarn trotz gewisser französenfreundlicher Velleitäten alle großen Parteien an dem Bündnisse mit dem deutschen Reiche wie an dem Dreibunde mit unzweifelhafter Entschiedenheit und Aufrichtigkeit festhalten. Diese Thatsache ist in ein helleres Licht gerückt worden durch die Enthüllungen des früheren Hofsekretärs Rimler über die Bestrebungen des Abgeordneten Ugron, mit Hilfe französischen Geldes in Ungarn zunächst die Ugron-Partei zu stärken, ihr sodann eine große Presse zu schaffen und sie schließlich zur Partei der Mehrheit zu machen, die, an die Macht gelangt, die Lösung des Bündnisses mit Deutschland wie des Dreibundes betreibt. Ugron war von jeher ein Franzosenschwärmer, er hat sogar im französischen Heere den Krieg gegen Deutschland mitgemacht. Er ist schon lange bemüht, Oesterreich-Ungarn in die Gefolgschaft Frankreichs und somit auch des Zweibundes zu führen, und hat zu diesem Zweck allerlei Verbindungen anzuknüpfen gewußt, sogar mit slawischen Politikern. Nach den letzten Enthüllungen, die er nicht bestreiten kann, darf man sagen, daß er sich für alle Zeit in Ungarn so gut wie unmöglich gemacht habe, daß er politisch todt sei. Im ungarischen Abgeordnetenhause hat sich sogar Franz Kossuth gegen Ugron ausgesprochen und im Namen der Unabhängigkeitspartei erklärt, daß sie trotz ihrer herzlichen Sympathien für Frankreich auf dem Standpunct des Dreibundes steht, von dem Zweibunde nichts wissen will und das Vorgehen Ugron's verurtheilt. In dieser erneuten Klärung der Lage ist die politische Bedeutung des Falles Ugron zu suchen und nicht etwa in den französenfreundlichen Treibereien dieses Politikers, der schon früher nicht ernst zu nehmen war.

Nun kann man freilich fragen, ob die Ugron und Genossen selbstständig handelten oder nur ungeschickte Werkzeuge deutschfeindlicher und dreibundfeindlicher Politiker in Oesterreich-Ungarn waren. Diese Frage ist schwer zu beantworten. War Ugron, was einigermaßen zweifelhaft erscheint, wirklich nur ein Werkzeug, so sind seine Hintermänner in jenen klerikalen und feudalen Kreisen Oesterreichs zu suchen, die als die gefährlicheren Feinde des deutschen Reiches wie des Dreibundes angesehen werden müssen. Indessen wird sich dieser Zusammenhang kaum nachweisen lassen und vielleicht ist er auch gar nicht vorhanden, obwohl darüber kein Zweifel bestehen kann, daß jene feudalen und klerikalen Kreise die Bestrebungen Ugron's mit ihren Segenswünschen begleitet und es sehr bedauert haben, daß nicht nur Alles mißlang, sondern daß auch das ganze Getriebe an die Oeffentlichkeit gebracht wurde. Auf wessen Veranlassung oder richtiger mit wessen Geld Rimler dazu schritt, seine Enthüllungen über die Ugron'schen Bestrebungen zu veröffentlichen, das ist wieder eine neue, wenn auch nur untergeordnete Frage in dieser immerhin noch nicht ganz aufgeklärten Angelegenheit.

Die Ergebnisse der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft.

⁂ Angesichts des preußischen Vorstoßes auf dem Gebiete des Personentarifs, der weitere Ueberraschungen in der Folgezeit nicht ausschließt, gewinnen die Ergebnisse der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, wie solche in dem unlängst erschienenen Berichte des Frhrn. von Heyl, Mitgliedes der Finanzcommission der ersten hessischen Kammer, zusammengefaßt sind, allgemeineres Interesse. Herr v. Heyl stellt als Endergebniß einen rapiden Aufschwung der Verkehrsverhältnisse und der finanziellen Ergebnisse für Hessen seit Einführung der Gemeinschaft fest. Mit ihrer Hilfe vermochte die großherzogliche Regierung die socialpolitische Steuerreform durchzuführen, die Abhängigkeit des Staates von einer Actiengesellschaft zu beseitigen, die Sicherung und Verzinsung der Eisenbahnschuld, die weitere Entwickelung des Voll- und Nebenbahnwesens, die Förderung der Interessen der Eisenbahnbeamten und die glänzende Vermehrung der Staatseinnahmen herbeizuführen. — Die Entwickelung des Verkehrs wird veranschaulicht durch die Thatsache, daß seit dem 1. Mai 1901 täglich 2633 Zugkilometer mehr gefahren werden, als vor der Gemeinschaft. Die Gegenüberstellung des Güterverkehrs der Stationen auf der vormaligen Hessischen Ludwigsbahn vom Jahre 1895 und 1899 ergiebt im Versandt und Empfang für ersteres Jahr 3 378 489 Tons und für 1899 eine Steigerung auf 4 434 902 Tons. Die zugleich mit dem preußischen Personen- und Gütertarif am 1. October 1898 eingeführte vierte Wagenclasse wurde im ersten Jahre von nicht weniger als 4 771 701 Personen benutzt. Das stellt selbstverständlich nur zum Theil einen Zuwachs des Personenverkehrs dar, da zweifelsohne viele Reisende, die vordem dritter Classe fuhren, nun die billigere vierte Wagenclasse benutzten, von der man in Süddeutschland behauptete, sie entspreche den Wünschen der Bevölkerung nicht. Das Mehr an beförderten Personen belief sich im ersten Jahre auf 1 938 471 oder 30 Procent; die reine Mehreinnahme wies dagegen in demselben Zeitraume an Personengeld nur 261 365 ℳ oder 7 Procent auf.

Für den Güterverkehr bestand der Vortheil der Einführung der preußischen Staatsbahnsätze im Wesentlichen in der Ermäßigung der Abfertigungsgebühr von 8 und 9 ℳ auf 6 ℳ für 100 kg in den wichtigen Specialtarifen und einem Theil der Ausnahmetarife. Die höheren Eilgutsätze werden durch die geringeren Stückgutsätze ausgeglichen. Daneben hat die Herstellung directer Sätze mit allen Stationen von Preußen, Sachsen, Württemberg, Baden, der Pfalz und den Reichslanden erhebliche Erleichterungen für die oberhessische Verwaltung, wie für den Betrieb gebracht; die Ueberlieferung der Güter an den Endpuncten ist weggefallen und eine raschere Beförderung erzielt worden. Die Betriebsmittel erfuhren, wie das aus der Wagengestellung im Güterverkehr erhellt, sofort eine durchgreifende Vermehrung. Der Wagenmangel der Hessischen Ludwigsbahn, die im Jahre 1896 etwa ein Viertel der bestellten Güterwagen nicht zu stellen vermochte, betrug für den Directionsbezirk Frankfurt a. M. in den vier verkehrsstärksten Monaten der Jahre 1898 bez. 1899 auf den oberhessischen Strecken nur etwa 900 von 17 000 bez. 1100 von 27 000 bestellten Wagen. Gleichzeitig fiel der besonders in Oberhessen viel beklagte Mangel an Langholzwagen fort. In socialpolitischer Hinsicht hat die Eisenbahngemeinschaft eine erhebliche Verkürzung der Dienstdauer für alle Beamtenkategorien herbeigeführt. Bezüglich des Zugbegleitungs- und Locomotivpersonals, dessen Dienstzeit früher häufig die höchste zulässige tägliche Dienstdauer überschritt, werden gegenwärtig die von den Bundesregierungen unterm 5. Januar 1900 vereinbarten Vorschriften streng eingehalten. Die auf Grund dieser Vorschriften ebenfalls nothwendige erhebliche Verkürzung der täglichen Dienstzeit bei dem stationären Personal war besonders bedeutend auf den größeren, verkehrsreichen Bahnhöfen. Beispielsweise waren vor der Gemeinschaft auf Station Worms mit der Wahrnehmung des äußeren Stationsdienstes ein Stationsverwalter und zwei Assistenten beschäftigt, von denen der Verwalter und der eine Assistent im täglichen Wechsel eine tägliche Dienstzeit von 15 Stunden 35 Minuten und 13 Stunden 35 Minuten hatten, während dieser Dienst zur Zeit von einem Stationsvorsteher erster Classe und acht Assistenten bei einer täglichen Dienstzeit von acht Stunden versehen wird. In Darmstadt versahen den äußeren Stationsdienst ebenfalls ein Stationsverwalter und zwei Assistenten. Die beiden letzteren wechselten täglich im Dienst mit einer täglichen Dienstzeit von 15 Stunden 58 Minuten und 12 Stunden 11 Minuten. Jetzt befinden sich in Darmstadt 1 Stationsvorsteher erster Classe und 7 Stationsassistenten mit durchschnittlicher 10stündiger täglicher Dienstzeit. In Bingen befanden sich 2 Stationsbeamte mit einer täglichen Dienstzeit von abwechselnd 13 Stunden 36 Minuten und 10 Stunden 36 Minuten. Zur Zeit versehen den äußeren Stationsdienst daselbst 1 Stationsvorsteher und 8 Assistenten bei 8stündiger täglicher Dienstzeit. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Mainz. Unter der Hessischen Ludwigsbahn versahen daselbst 6 Beamte den äußeren Stationsdienst, während er jetzt von 1 Stationsvorsteher erster Classe, 1 Stationsvorsteher zweiter Classe und 18 Stationsassistenten wahrgenommen wird.

Alles in Allem spricht der Bericht des Frhrn. von Heyl das freudige Bekenntniß aus, daß der Abschluß des Eisenbahn-Staatsvertrages zwischen Preußen und Hessen für letzteres von den segensreichsten Folgen gewesen ist.

Der Krieg in Südafrika.

Vom Präsidenten Krüger.

Aus dem Haag, 5. Juli, schreibt ein Berichterstatter der „Daily News" u. A. Folgendes: Präsident Krüger ist von einer neuen triumphirenden Rundreise, welche allen Nachrichten zufolge die niederländische Regierung in erhebliche Verlegenheit gesetzt hat, nach Hilversum zurückgekehrt. Der Präsident, der alle Gesuche um ein Interview ablehnte, befindet sich in bester gesundheitlicher Verfassung und ist ganz voll von optimistischen Prophezeiungen bezüglich der weiteren Entwickelung der Dinge in Südafrika, die er das „Feuer-Ordal" nennt, welches der Allmächtige geschickt habe, um sein Volk zu prüfen. Es heißt, daß er die früher von ihm geplante Reise nach den Vereinigten Staaten endgiltig aufgegeben hat, theils wegen der mit der Reise verbundenen Beschwerden, theils wegen der klar ausgesprochenen officiellen Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten. ... Die Delegirten Fischer, Wolmarans und Wessels sagen dasselbe, was Krüger letzte Woche bei seinen Empfängen ausdrückte, daß nämlich allen neuen Friedens-Unterhandlungen die Gewährung vollständiger innerer Unabhängigkeit vorangehen muß. Ich kann sagen, daß in den Kreisen der niederländischen Regierung diese Ansicht nicht getheilt wird. In diesen Kreisen ist erst ganz kürzlich darauf hingewiesen worden, daß die Annexion der Republiken durch die Engländer eine endgültige ist und daß die europäischen Großmächte ebenso wie die Vereinigten Staaten von Amerika sie anerkannt haben ... Der alte Präsident liest in Hilversum jeden Tag stundenlang mit ungemindertem Eifer die Bibel. Er sagte neulich einem Freunde, die Endresultate und der Abschluß des Krieges würden ebenso überraschend sein, wie sie unerwartet eintreten würden. Die Menschheit würde sich noch mehr wundern ... Die Transvaaler in Holland sind außerordentlich gut über die Vorgänge in Südafrika unterrichtet, und ein regelmäßiger Depeschendienst wird zwischen ihnen und den Commandos über einen geeigneten Hafen an der afrikanischen Küste unterhalten. (Frkf. Ztg.)

Die Streitkräfte der Boeren.

Ein Mitarbeiter der „Daily News" hat von den in Holland befindlichen Mitgliedern der Transvaal-Regierung interessante Aufschlüsse über die gegenwärtige militärische Lage der Boeren erhalten. Danach können dieselben noch mindestens 18 Monate den Krieg weiterführen, ohne Rücksicht auf die sich immer weiter verbreitende Rebellion in der Capcolonie. Dewet hat mitgetheilt, daß er in seinem eigenen Gebirgsdistrict den activen Widerstand 3 oder 4 Jahre fortsetzen könne. In den letzten Berichten von Louis Botha, welcher mit Lucas Meyer, Smuts, Ben Viljoen und Chris Botha die Commandos im östlichen Transvaal leitet, wird bemerkt, daß es den Leuten an Kleidern fehlt, während ihr Vorrath an Munition, einschließlich Mauserpatronen, noch sehr reichlich sei. Die harte Winterzeit hindere sie an der Ausführung verschiedener geplanter Expeditionen. — Die im westlichen Transvaal befindlichen Boerenstreitkräfte, welche von General Delarey und dem Commandanten Smuts (dem früheren Generalstaatsanwalt) befehligt werden, sind mit Allem, was zu militärischen Expeditionen gehört, vollständig versehen, dasselbe gilt von den drei Commandos im nördlichen Districte, die unter General Beyers stehen. — Die Boeren-Artillerie besteht aus einer Batterie Feldgeschütze und 8 Pompoms unter dem Befehl des Hauptmanns Baron von Wichmann und des Majors Lodewyk Pretorius, der in dem Kampfe bei Spionkop commandirte. — In dem östlichen Theile des Oranje-Freistaates operiren die Generale Dewet, Steyne und Kolbe noch mit 4500 Mann, die mit Lebensmitteln, Kleidern und Waffen gut versehen sind. Wie Botha hat auch Dewet noch ein halbes Dutzend Geschütze zu seiner Verfügung, aber es fehlt ihm oft an Munition für dieselben, weshalb die Geschütze häufig vergraben werden. Der westliche Theil des Freistaates ist meist im ungestörten Besitz von Hertzogs Commandos, die das Land von Jacobsdal bis Haoshoek durchstreifen.

Ende März fand in dem durchklüfteten Gebirgszuge, der unter dem Namen Bethlehemberg bekannt ist, eine Präsidentenwahl statt, wobei Thennis Steijn einstimmig von 6000 kämpfenden Bürgern des Freistaates wieder zum Präsidenten gewählt wurde. An diesem Tage soll General Dewet — gelächelt haben, was zu thun er seit 18 Monaten fast vergessen haben soll. Der neu erwählte Präsident machte seinen Anhängern eine Wagenladung Boerentabak zum Geschenke, eine unschätzbare Gabe in diesen unruhigen Zeiten. Die effective britische Besetzung des Freistaates beschränkt sich auch heute noch auf die Haupt-Eisenbahnlinie und die an derselben befindlichen Stationen. In den meisten kleineren Städten sind noch jetzt die Beamten des Freistaates in Thätigkeit, und sie verlegten ihre Posten nur zeitweilig, wenn britische Streifcolonnen sich nähern, die meist froh sind, wenn sie wieder an die Bahn zurückkehren können, weil sie beständig von einem unsichtbaren Feinde angeschossen werden, wenn sie die verhaßten „Säuberungszüge" (mit dem Niederbrennen der Farmen u. s. w.) unternehmen. — Eine neue Erscheinung im westlichen Transvaal sind die kleinen, sehr beweglichen Scharfschützen-Abtheilungen der Boeren, welche in letzter Zeit an der Delagoa-Bahn bedeutende Beschädigungen angerichtet haben. Ein jeder dieser Schützen muß vor der Aufnahme zeigen, daß er auf 1000 Yards sicher treffen kann.

Die Commandos der Colonialrebellen haben bisher die größten Vortheile gehabt, da sie in reichen Landesstrichen operiren und von der holländischen Bevölkerung Unterstützung erhalten, da diese durch das Vorgehen der englischen Militärbehörden unter die Unzufriedenen getrieben werden. Die Zahl der Caprebellen wird zur Zeit auf 5000—6000 geschätzt, aber man erwartet, daß die Zahl derselben sich binnen drei Monaten verdreifachen wird, da der Belagerungszustand in härtester Weise ausgeübt wird.

Die Behauptung, daß Krüger große Summen staatlicher und privater Gelder nach Europa mitgenommen habe, wird entschieden bestritten. Das dem Präsidenten noch zur Verfügung stehende Baargeld ist, wie man dem oben erwähnten „Daily News"-Correspondenten versicherte, auf einige tausend Pfund zusammengeschmolzen. Die sämmtlichen Kosten der Kriegführung auf Seiten der Boeren, einschließlich der Quittungen für „commandirtes" und officiell gemünztes Gold übersteigen nicht 4½ Millionen Pfund Sterling, wovon nur ein sehr kleiner Theil nach Europa gebracht worden ist.

Deutsches Reich.

✢ **Berlin**, 10. Juli. (Zur Nichtbestätigung des Herrn Kauffmann.) Es ist nur zu erklärlich, daß die Nichtbestätigung des Herrn Kauffmann als zweiter Bürgermeister von Berlin ganz besonders von denjenigen Berliner Blättern erörtert wird, die das meiste Interesse an der Angelegenheit nehmen, nämlich von den freisinnigen Zeitungen, die darüber erbittert sind, und von den conservativen Blättern, die darüber jubeln. Die Blätter gemäßigter Tendenz halten sich noch zurück, und zwar aus dem sehr triftigen Grunde, daß über die Motive der Nichtbestätigung Zuverlässiges noch nicht bekannt geworden ist. Jedenfalls ist das Motiv, das die „Post" der Regierung unterschiebt, ganz besonders unglücklich gewählt. Die „Post" meint nämlich, es sei um der Socialdemokratie willen mißlich, wenn linksliberale Parlamentarier zu Bürgermeistern gewählt würden, denn da die freisinnigen Reichstagsabgeordneten zumeist nur auf Krücken der Socialdemokratie in den Reichstag gelangt seien, so sei von ihnen nur ausnahmsweise das wünschenswerthe Maß von Widerstandskraft gegen die socialdemokratische Fraction der Stadtverordneten zu erwarten. Dieses Argument ist deswegen so unglücklich, weil auf Herrn Kauffmann gerade das Entgegengesetzte zutrifft. Kauffmann ist nämlich allerdings vollparteilicher Reichstagsabgeordneter (Wahlkreis Liegnitz), aber er ist, nachdem in der Hauptwahl er selbst 9100, ein Socialdemokrat 7200 und ein conservativer Bewerber 6900 Stimmen erhalten hatten, in der Stichwahl gegen den Socialdemokraten gewählt worden. Wofern man von einem Abgeordneten, dessen Stimmenzahl in der Hauptwahl an der Spitze gestanden hatte, überhaupt sagen kann, daß er auf den Krücken irgend einer Partei in das Parlament gelangt sei, so wäre Herr Kauffmann auf conservativen Krücken in den Reichstagssaal hineingehinkt und würde demgemäß nach der Argumentation der „Post" sich als Bürgermeister conservativen Wünschen geneigt zeigen. Wir meinen aber, daß wichtiger als die Untersuchung nach den Motiven der Nichtbestätigung doch wohl die Frage sei, was nun geschehen soll. Und da scheinen uns sowohl die freisinnigen, wie die conservativen Berliner Organe über die Stränge zu schlagen. Das „Berl. Tagebl." meint, es könne darüber kein Zweifel bestehen, daß Kauffmann nach wie vor der Mann des öffentlichen Vertrauens der Bürgerschaft bleiben müsse. In ähnlichem Sinne spricht sich die „Voss. Ztg." aus. Das Bestätigungsrecht erschöpfe sich schließlich auch. Das ist nicht richtig, wie der Fall Herse beweist. In Posen wurde in den 80er Jahren der dortige, auf dem Standpuncte der Fortschrittspartei stehende zweite Bürgermeister Herse zum ersten Bürgermeister gewählt. Herse wurde nicht bestätigt und die Stadtverordneten wählten ihn nochmals. Daraufhin wurde nicht etwa Herse bestätigt, sondern die Regierung ließ die erste Bürgermeisterstelle commissarisch wahrnehmen. Wenn es nach der Macht geht, so ist die Regierung der überlegene Theil und deshalb hat es keinen Zweck, sie geradezu zu zwingen, von ihrer Macht Gebrauch zu machen. Auf der anderen Seite aber muß jeder objective Beurtheiler zugeben, daß man gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen von der Berliner Stadtverordnetenversammlung nicht erwarten darf, sie werde „kneifen". Wenn also die „Post" sagt: „Die Berliner Stadtverordneten werden gut thun, sich bei der erneuten Wahl von politischen Parteitendenzen frei zu halten, so sind wir zwar im Allgemeinen der Ansicht, daß bürgerliche Beamte nicht nach Parteirücksichten gewählt werden sollen, in diesem Falle aber wird den Berliner Stadtverordneten nichts übrig bleiben, als abermals einen Parteigenossen des Herrn Kauffmann zu wählen. Sie werden sich nur enthalten müssen, die Regierung dadurch zu provociren, daß sie einen „gehärteten Kauffmann" wählen, und werden einen Mann wählen müssen, an dessen parteipolitischer Gesinnung zwar kein Zweifel ist, der aber parteiagitatorisch nicht hervorgetreten ist und im Uebrigen nach den nun einmal herrschenden und nicht mir nichts dir nichts umzustoßenden Anschauungen bei Hofe empfangen werden kann. Damit vergiebt sich einerseits die Stadtvertretung nichts und andererseits macht sie es dadurch der Regierung möglich, den neugewählten Mann zu bestätigen. Damit würde der unerquickliche Streitfall ein Ende haben, was uns im Interesse der Stadt nicht minder, wie in dem der Regierung geboten scheint.

ß. **Berlin**, 10. Juli. (Die Hansestadt Hamburg und das Welfenthum.) Der welfische Verein „Hannovera" hat kürzlich in Hamburg sein zehnjähriges Stiftungsfest gefeiert. Je mehr nun welfische Berichte über diese Feier veröffentlicht werden, in um so seltsamerem Lichte erscheint das Verhalten des Hamburger Senates gegenüber dem Welfenthume. Sicherlich wird durch einen Festzug der Welfen, wie ihn der Hamburger Senat gestattet hat, weder Preußens noch des Reiches Bestand gefährdet. Vergegenwärtigt man sich aber die Pflichten der Dankbarkeit, welche der Hansestadt Hamburg gegenüber dem Reiche infolge ihres an die Reichsgründung aufs Engste geknüpften Aufblühens obliegen, so muß das Befremden darüber groß sein, daß die Hansestadt Hamburg reichsfeindlichen Elementen Gelegenheit zu öffentlichen Demonstrationen gewährt. Die welfische Unterstellung, es sei der Verein „Hannovera" unpolitisch, ändert nichts an der Thatsache,